

Angela Merkel setzt Deutschland aufs Spiel



Auf die Frage „Was muss passieren, dass aus der Ankündigung `Der Islam gehört zu Deutschland` nicht irgendwann die Feststellung `Deutschland gehört dem Islam` wird?“ antwortete unsere Bundeskanzlerin: „So etwas muss niemand befürchten. Deutschland, das ist und bleibt das Grundgesetz, die soziale Marktwirtschaft, Religions- und Meinungsfreiheit. Wir machen den zu uns kommenden Menschen vom ersten Tag an klar: Hier gelten Gesetze und Regeln des Zusammenlebens, die sie befolgen müssen. Nur so kann Deutschland für sie ein Ort des Schutzes sein. Sie müssen akzeptieren, dass in Deutschland Frauen und Männer die gleichen Rechte haben. Sie werden sich auch von Polizistinnen oder Richterinnen oder Beamtinnen etwas sagen lassen müssen. Und sie werden sehen, dass Verwaltung bei uns nicht so funktioniert, dass man jemanden mit Geld bestechen kann und dann das gewünschte Ergebnis bekommt. Ich bin überzeugt, dass

die meisten das alles respektieren und schnell schätzen lernen werden.“

(Von Burkhard Willimsky)

Als Regierungschefin sieht Angela Merkel demnach selbst heute noch trotz des chaotisch verlaufenden Massenzustroms ohne Ende von überwiegend jungen Muslimen aus fremden Kulturen keine Bedrohung für Deutschland durch den Islam. Hier hätten ausschließlich die maßgebenden im Grundgesetz verankerten Gesetze und Regeln des Zusammenlebens zu gelten. Diese würden den zu uns kommenden vom ersten Tag an klargemacht. Und die meisten würden das alles respektieren und schnell schätzen lernen.

Nach fester Überzeugung der Bundeskanzlerin dürfen also grundlegende Prinzipien unserer Gesellschaftsordnung nicht infrage gestellt werden und seien auch nicht bedroht. Das gilt demnach z.B. auch für

- die Trennung von Staat und Religion;
- die Wahlmöglichkeit für jeden, seine Religion frei wählen zu können oder konfessionslos zu sein, ohne bedroht zu werden;
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in Fragen der freien Wahl des Ehepartners

oder

- die Gesetzgebung im Rahmen der Prinzipien des pluralistisch organisierten demokratischen Rechtsstaats nur durch frei gewählte Abgeordnete in den Parlamenten.

Angela Merkel ist offenbar trotz der vielfältigen negativen Erfahrungen der Ansicht, dass die Integration der großen Mehrheit der muslimischen Migranten in unsere Gesellschaft bisher gelungen ist bzw. auch zukünftig gelingen wird. Schließlich sei der Islam eine friedliche Religion, gehöre deshalb zu Deutschland und habe mit dem (terroristischen)

Islamismus nichts zu tun.

Merkel hat in den 10 Jahren Ihrer Kanzlerschaft offenbar nicht zur Kenntnis genommen bzw. will nicht zur Kenntnis nehmen,

- dass der im Koran fixierte Islam hauptsächlich ein Dschihadssystem ist, das in Befehlsform von jedem Muslim verlangt, zur weltweiten Verbreitung der eigenen Religion mit vollem Einsatz beizutragen. Dabei sollen die der jeweiligen Situation angepassten wirkungsvollsten Mittel – einschließlich der Gewalt – angewendet werden. Außerdem sollen zur Selbsterhaltung und Festigung der islamischen Gemeinschaft (Umma) die Gläubigen als Anhänger Allahs keine engeren Kontakte zu den Ungläubigen (den Nichtmuslimen) bestehen, die die vorgeschriebenen Aussagen im Koran ablehnen bzw. nicht befolgen. (Manfred Kleine – Hartlage: „Das Dschihadssystem. Wie der Islam funktioniert.“) – Das bedeutet, Muslime sollen sich möglichst nicht in die deutsche Aufnahmegesellschaft integrieren. Statt Integration in die neue („ungläubige“) Gesellschaft wird die Segregation (Trennung) gefordert und damit kontinuierlich eine Parallelgesellschaft aufgebaut;

- dass jeder Versuch, einen „Euro-Islam“ zu schaffen, der die Integration von gläubigen Muslimen in die EU-Gesellschaft ermöglicht, bisher gescheitert ist bzw. scheitern musste;

- dass durch die Einführung des Islamunterrichts als ordentliches Bekenntnisfach in immer mehr öffentlichen Schulen Deutschlands, die grundrechts- bzw. menschenrechtsfeindlichen Aussagen im hl. Buch der Muslime propagiert werden können bzw. durch die orthodoxen Verbände unter Führung der von der türkischen Regierung kontrollierten Ditib auch tatsächlich propagiert werden. (siehe Punkt 2 des Beitrags „Die frühe Unterwerfung: Koranunterricht“)

Anmerkung: Der Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi, Leiter des Fachbereiches Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, hat den Lehrplan der

Ditib für die hessischen Grundschüler untersucht und in seinem Gutachten festgestellt, dass eine Auseinandersetzung mit den problematischen grundgesetzfeindlichen Koranaussagen nicht stattfindet. Eine Identitätsfindung der Schüler zwischen dem islamischen Glauben und der westlich geprägten Lebenswirklichkeit werde nicht angesprochen. Niemand wisse genau, was eigentlich im Islamunterricht passiere.

Dass in gläubigen muslimischen Familien in Deutschland oft ein sehr traditionelles Bild vermittelt werde, merke er an seinen eigenen Studenten. Der gebürtige Algerier Ourghi stellt fest: "Wenn wir dann offen über Tabuthemen wie die Gewalttaten Mohammeds diskutieren wollen und einen kritischen Umgang anmahnen, erleiden die Studenten einen Identitätsschock."

Ourghis Resümee: Durch die Macht der islamischen Dachverbände hat sich ein konservativer Islam in Deutschland etabliert, der nicht in der Lage ist, kritisch mit seiner Vergangenheit umzugehen. (Abdel-Hakim Ourghi: „Leben wie der Prophet“, in: „Welt am Sonntag“ v. 9.8.2015)

Zur Einführung des Koranunterrichts in Hessen siehe den Internet-Beitrag „Quantensprung in der Integrationspolitik?"; (journalistenwatch v. Juli 2012);

- mit welchen irrationalen Argumenten die Bundesregierung bzw. die Regierungen der einzelnen Bundesländer den Koranunterricht bereits eingeführt haben; (siehe Punkt 1 des Beitrags: „Die frühe Unterwerfung: Koranunterricht“);
- dass eine öffentliche Berichterstattung oder freie Diskussion über die für gläubige Muslime verbindlichen Kernaussagen im Koran bisher rigoros verhindert wurde und auch heute noch weitgehend verhindert wird; (siehe Beitrag: "Islamunterricht in Schulen: Wie bei der Einführung eines integrationsfeindlichen Unterrichtsfaches die Bevölkerung getäuscht wird!")

Resümee:

Die eingangs genannten Aussagen der Bundeskanzlerin zeigen deutlich, dass sie die für gläubige Muslime verbindlichen und ewig geltenden grundgesetzfeindlichen Prinzipien und Aussagen im Koran entweder nicht kennt oder davon ausgeht, dass allmählich auch korangläubige Muslime in Deutschland lernen, die Trennung von Staat und Kirche zu respektieren und gewillt sind, die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte nicht nur heute, sondern auch in Zukunft anzuerkennen und zu verteidigen.

Angela Merkel ignoriert, dass für korangläubige Muslime letztlich nur die göttlichen Offenbarungen Allahs gelten und nicht die von Menschen gemachten und durch parlamentarische Mehrheiten entschiedenen Gesetze.

Sie ignoriert die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ von 1990, wonach die Scharia als alleinige Grundlage von Menschenrechten gilt. Merkel weiß offenbar nicht, dass das Motto der UN-Menschenrechtscharta von 1948:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren,

von den muslimisch dominierte 56 OIC-Staaten nicht anerkannt wird.

Sie ignoriert die Forderungen des jetzigen türkischen Präsidenten Erdogan, die er in seiner Kölner Rede im Mai 2014 an „seine“ türkischstämmigen Einwanderer richtete. Unter tosendem Beifall begrüßte Erdogan vor 18.000 Enthusiasten seine „lieben Schwestern und Brüder“ und forderte:

„Ihr dürft in Eurer Sprache, eurer Religion, Eurer Kultur keine Kompromisse eingehen.“

Schon 1997 zitierte Erdogan als streng gläubiger Muslim auf einer Wahlveranstaltung als damaliger Oberbürgermeister von Istanbul mit voller Überzeugung den Soziologen und Publizisten

Ziya Gökalp:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind.

*Die Moscheen sind unsere Kasernen,
die Minarette unsere Bajonette,
die Kuppeln unsere Helme und
die Gläubigen unsere Soldaten.“*

Zur Religion der Muslime sagt Erdogan übrigens generell:

„Es gibt keinen Islam und Islamismus. Es gibt nur einen Islam. Wer was anderes sagt, beleidigt den Islam.“

Fazit:

In ihrer Meinungsbildung zur Integration von muslimischen Immigranten richtet sich Angela Merkel als Bundeskanzlerin einseitig nach der Meinung des „Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ (SVR). Vor allem aber war es Annette Schavan, die als Bundesministerin für Bildung und Forschung und enge Vertraute Merkels die Einführung des Islamunterrichts als reguläres Unterrichtsfach in den öffentlichen Schulen der Bundesländer auch auf Druck der muslimischen Lobbygruppen intensiv vorantrieb.

Annette Schavan lieferte auch die Gründe zugunsten der Einführung des Islamsunterrichts, die offenbar blind oder als Alibi von den maßgebenden Parteien, den meinungsbildenden Medien, den parteinahen Stiftungen und den beiden großen christlichen Glaubensgemeinschaften übernommen wurden und werden (siehe dazu den Beitrag: „Scharia bedeutet die Beseitigung von Menschenrechten“,

Teil 3: „Die Verbreitung der Scharia wird durch Parteien und Medien aktiv unterstützt bzw. begünstigt“; PI v. Juli 2014)

Dagegen fanden und finden namhafte Wissenschaftler,

Publizisten, Menschenrechtler oder Projektleiter wie Seyran Ates, Serap Cileli, Egon Flaig, Mark A. Gabriel, Manfred Kleine-Hartlage, Necla Kelek, Hartmut Krauss, Ahmad Mansour, Tilman Nagel, Hans-Peter Raddatz, Hamed Abdel-Samad oder Karl Albrecht Schachtschneider kein Gehör.

Auch der „Zentralrat der Ex-Muslime“, der sich ausdrücklich gegen die geplante Einführung des Islamunterrichts als schulisches Regelfach wandte, fand kein Gehör.

Die Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime, Mina Ahadi, sagte voraus: „Die Imam-Ausbildung (an deutschen Universitäten) als Integration zu verkaufen, ist ein Skandal.“ Eine deutsche Imam-Ausbildung könne nicht verhindern, dass der Einfluss der islamischen Verbände in Deutschland stetig wachse. Nach deren Vorstellungen soll sich die deutsche Gesellschaft gemäß der islamischen Religion allmählich radikal verändern. Durch die geplante Imam-Ausbildung und die Einführung des Islamunterrichts als Regelfach, verfestigen sich Parallelstrukturen. Wörtlich kritisierte die Exil-Iranerin:

„Unter der guten Absicht der Integration werden die brutalen Auswüchse des Islamismus einfach ignoriert.“ („Bild“ v. 14. Oktober 2010 laut Interview von Mina Ahadi in der „Leipziger Volkszeitung“)

Auch die umfangreichen Erkenntnisse von Kirsten Heisig, Heinz Buschkowsky oder Joachim Wagner wurden und werden nicht berücksichtigt.

These:

Der Einfluss der orthodoxen muslimischen Lobbygruppen in Deutschland ist bereits so groß, dass sich die Bundeskanzlerin schon seit etlichen Jahren nicht mehr in der Lage sieht, sich den drängenden und grundgesetzfeindlichen Forderungen dieser Gruppen wirksam entgegenzustellen.

Die Erwartungen und Forderungen, die Angela Merkel auf die o. g. Interview-Frage formuliert, haben deshalb lediglich die Bedeutung, das deutsche Volk, auch angesichts des chaotischen Massenzustroms ohne Ende von überwiegend jüngeren Männern muslimischen Glaubens, zu beruhigen.

Alle wichtigen Entscheidungs -und Meinungsträger in Deutschland täuschen ständig unsere Bevölkerung, indem sie bisher den Islam als „friedliche“ Religion bewerten.

Damit werden insbesondere auch die zu uns eingewanderten bzw. geflüchteten Christen, Jesiden, Aleviten und besonders auch die vielen Muslime, die auch als Muslime selbstbestimmt nach den Prinzipien unseres Grundgesetzes ihr Leben bei uns gestalten wollen, verraten.

Und die wichtige und stets geforderte Integrationsarbeit z.B. des Gruppenleiters des „Heroes-Projektes“ in Berlin-Neukölln, Ahmad Mansour, wird boykottiert.(siehe die Dokumentation von Ahmad Mansour: „17 Thesen zum Islam“; in WELT v. 15.10.2015)

Angela Merkel setzt mit ihrer Politik Deutschland aufs Spiel!

Der Autor war in Berlin Schulleiter an einer Gesamtschule im Ganztagsbetrieb, hauptamtlicher Stadtrat sowie Dozent für Politikwissenschaft an einer Fachhochschule.